

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P. XXIV/160

Bonn, den 25. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>E S S E N</u> Auktakt des Wahlkampfes der SPD	28
2 - 3	<u>Moskau war die Reise wert</u> Politisches Fazit der SPD-Kontakte in der UdSSR Von Dr. Erhardt Eckert	70
4	<u>Flink im Erfinden von Ausreden</u> CSU-Regierung verschläft Strukturverbesserungshilfe des Bundes	51
5 - 6	<u>Nur einer kam durch...</u> Ceausescu säubert Parteiapparat Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	72

\*  
\*

E S S E N  
-----

Auftakt des Wahlkampfes der SPD

sp - In Essen, im Herzen des Reviers, hat die SPD am Sonntag die entscheidende Phase des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 1969 eingeleitet. Selbstbewußt und mit dem klaren Führungsanspruch für die Politik der Bundesrepublik Deutschland gehen die Sozialdemokraten zum Start. Mit dem Blick nach vorn, das Vergangene nur streifend, soweit es notwendig ist, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die durch zwanzigjährige Regierungsmacht verbrauchte und einer Regeneration an Haupt und Gliedern bedürftige CDU/CSU heraus.

Die programmatischen Erklärungen von Willy Brandt, Karl Schiller, Herbert Wehner, Helmut Schmidt und - als Auftakt - von Heinz Kühn sind aus einem Guß. Die Männer, als Mannschaft im Kampf um ein modernes Deutschland geprägt, stellen sich als Alternative zu den Mächten von gestern und vorgestern. Sie weisen in die Zukunft. Sozialdemokraten können regieren, ihre Initiativen haben in den vergangenen drei Jahren trotz Querschlägern und Bremsern vieles auf den Weg gebracht, was schon längst fällig war.

Eine die Geschicke der deutschen Politik lenkende Sozialdemokratie wird die Weichen für die Zukunft stellen. Sie wird die Bundesrepublik Deutschland zu einem Staat der sozialen Demokratie ausbauen, sie wird die Freundschaft zu allen Nationen festigen und sie wird den Frieden sichern.

Noch niemals seit 1949 drängt sich unserem Volk so eindeutig die Entscheidung zwischen dem Beharren in einer alten verkrampften Politik und den zukunftsweisenden Ideen moderner Staatskunst auf. Welttoffen und gute Traditionen achtend, dem Volk immer wieder die Wahrheit sagend, Vertrauen gegen Vertrauen setzend, geht die SPD in diesen Wahlkampf; mit der Kraft des Wissenden und mit dem Bewußtsein der Verantwortung für Deutschland.

Moskau war die Reise wert

Politisches Fazit der SPD-Kontakte in der UdSSR

Von Dr. Erhardt Eckert

Das politische Fazit der zweiten offiziellen Moskau-Sondierungsreise der SPD innerhalb von zehn Jahren - Prof. Carlo Schmid und Fritz Erler waren 1959 an der Moskwa gewesen - birgt die zentrale Erkenntnis, daß direkte Gespräche kompetenter Politiker an Ort und Stelle einen viel tieferen und damit also auch nützlicheren und nutzbareren Einblick in die tatsächliche Situation des deutsch-sowjetischen Verhältnisses ermöglichen und bringen, als das in der diplomatischen Routine überhaupt möglich sein kann. Die Erfahrungs-Schlußfolgerung lautet, daß solche Kontakte dort, und hoffentlich auch bald hier, zahlreicher und zugleich unspektulärer stattzufinden haben, wenn man erreichen will, daß in die Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen etwas mehr Tempo hineingebracht wird. Außenminister Gromyko hat das Bild von dem Tunnelbau geprägt, der von beiden Seiten energisch in Angriff genommen werden müßte. Man sollte sich gerade in Bonn danach richten und das Gewicht des politischen Einsatzes erhöhen. Tunnelbau ist kein Blitzgeschäft. Tunnelbau ist Kärnerarbeit: unermüdlich, zielbewußt, realistisch, energisch, und das alles auch dann, wenn es Rückschläge gibt, die es geben wird und geben muß.

Wenn man einmal als gültig erkannt hat, daß das deutsche Haus ohne Abstützung nach Osten baufällig werden muß, dann wird man seine eigene Politik danach einzurichten haben. Die Reise der SPD-Politiker Schmidt-Möller-Franke ging von dieser Erkenntnis aus und wurde in Plan und Durchführung genau der gegenwärtigen Situation und der erstrebten Entwicklung angepaßt. Der Delegations-Wortführer Helmut Schmidt hat sich weder durch die Kritik von zuhause noch durch das harte Gesprächsklima in Moskau beirren lassen und gesagt, was gesagt werden muß, wenn deutsche Parlamentarier dieses Gewichtes dort verhandeln, wo das Gelände heute, 25 Jahre nach Kriegsende, immer noch teilvermint ist. Da hilft kein anklagendes und nörgelndes Geschrei, wie es etwa der inner bandaler werdende CDU-Generalsekretär Dr. Heck oder das Strauß-Organ "Bayernkurier" strapazieren, und auch kein Selbstbemitleiden von Interessen-

gruppen. Da muß man ran an die Arbeit, um Mißverständnisse fleißig abzubauen und Hindernisse unermüdlich wegzuräumen. Den Ernst dieses Bemühens der SPD-Politiker haben die sowjetischen Gesprächspartner voll und ganz erkannt und anerkannt. Sie schätzen Klarheit, Deutlichkeit, Sachlichkeit, Eindringlichkeit, Energie und Standfestigkeit.

Die Sozialdemokraten haben in den drei zusammengekommenen achtstündigen Konferenzen mit Spitzenpolitikern der Sowjetführung bewiesen, daß sie diesen Qualifikationsanforderungen entsprechen und, davon ausgehend, so debattieren und den deutschen Standpunkt vertreten können, daß die Gespräche sinnvoll, zweckgerecht und nützlich werden konnten. Die Summe an Erkenntnissen und Erfahrungen, die die SPD-Politiker mit nachhause gebracht haben, wird das Gebäude des Wissens, das man hier über die Sowjetunion und ihre Politik vor allem gegenüber der Bundesrepublik und auch dem Westen insgesamt hat, festigen und ausbauen. Die Moskauer Staats- und Parteiführung verfügt jetzt über erheblich mehr Fakten, um die Position und Politik der Bundesrepublik besser, zuverlässiger und realistischer einschätzen und bewerten zu können. Es gibt auf beiden Seiten weniger negative und positive Illusionen, es gibt mehr Sachkenntnis und mehr Wirklichkeitskontakte. Das heißt, daß der Kalte Krieg, der das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau jahrzehntelang vergiftet hat, noch immer nicht völlig abgebaut ist, das heißt aber auch, daß man ihn zielbewußt weiter abbauen muß und dann auch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR in einer heute abschätzbaren Zeit zu normalen Beziehungen kommen kann, wenngleich der Weg noch lang und steinig sein wird. Das setzt auf beiden Seiten natürlich den festen Willen voraus, Sentiments und Ressentiments entschlossen dem bewußten Trend zur Zusammenarbeit unterzuordnen und allmählich zum Verschwinden zu bringen.

Wer das in der Bundesrepublik nicht einsehen kann oder will, wer also zum Beispiel die Moskau-Reise der SPD-Delegation nur nach vorgestrichenen Maßstäben zu messen bereit und imstande ist, der stört, fahrlässig oder bewußt, den Aufbau eines Friedenswerks, das uns Deutschen zuvörderst auferlegt ist und das uns die für unser Leben und unsere Arbeit entscheidend wichtige Entspannung und Verständigung auch nach Osten hin bringt. Es ist an der Zeit, daß man das dem deutschen Volke offen sagt, damit es weiß, an wen es sich in der Frage einer zukunftsbezogenen und zukunftsichernden Ostpolitik zu halten hat: durchaus flexibel, aber gestützt auf klare und dauerhafte Prinzipien, wie Gromyko das auch für die Sowjetpolitik in Anspruch nahm - und wer es in eine Sackgasse schrecklicher Isolierung führt und verführt.

### Flink im Erfinden von Ausreden

#### CSU-Regierung verschläft Strukturverbesserungshilfe des Bundes

spk - Trotz aller Verschleierungsversuche der bayerischen Regierung bleibt die Tatsache bestehen, daß dem Lande in diesem Jahr zusätzliche Förderungsmittel des Bundes entgehen werden, wenn die bayerische Regierung nicht noch in den letzten vier Monaten aktiver wird. Es ist zwar richtig, daß die zusätzliche Förderung, um die es sich in diesem Zusammenhang handelt, nur für Gewerbe- und Industrieansiedlungen an ganz bestimmten Standorten gewährt wird; die Bayerische Regierung verschweigt bei ihrer Polemik aber bewußt, daß sie diese Orte selbst ausgesucht und dem Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagen hat.

Im Gegensatz zur Landesquote für die regionalen Förderungsprogramme die nach einem festen Schlüssel auf die einzelnen Länder der Bundesrepublik verteilt wird, werden die zusätzlichen Förderungsmittel für die Bundesausbau- und Umstrukturierungsorte nach dem sogenannten "Windhundverfahren" vergeben, d.h., wer zuerst kommt, hat am meisten Aussicht auf einen guten Anteil dieser Mittel. Das Land Niedersachsen hat z.B. in diesem Jahr einen weit überproportionalen Teil dieses Geldes für wichtige Industrieansiedlungen in den von diesem Land benannten Umstrukturierungsorten erhalten. Je mehr das Jahr sich dem Ende zuneigt, desto schneller sind die zusätzlichen Bundeshilfen verausgabt. Entsprechend den bisher nur geringen Ansiedlungserfolgen in den von der bayerischen Regierung benannten Orten, hat Bayern bisher nur einen sehr geringen Anteil an diesen Mitteln erhalten. Der Sonderfond ist jedoch noch nicht ausverkauft. Bayern kann auf rasch vorgelegte Anträge für Ansiedlungen in diesen Orten noch zusätzliche Mittel bekommen. Deshalb: Schedl erwache, sonst geht Bayern leer aus.

Während in den Bundesausbauorten eine Investitionsverbilligung von 15 Prozent geboten wird, können in den Umstrukturierungsorten Investitionshilfen bis zu 25 Prozent der Investitionskosten gegeben werden. Im ganzen Bundesgebiet gibt es 12 solcher Umstrukturierungsorte, davon liegen fünf in Bayern. Diese Orte wurden im vorigen Jahr von der Bayerischen Regierung ausgewählt. Eigentlich müßte man sich dabei etwas gedacht haben. Jedenfalls klingt es unglaubwürdig, wenn man sich ein Jahr danach darüber beschwert, daß diese Sonderquote nur für ganz bestimmte Standorte gilt. Das bayerische Wirtschaftsministerium müßte doch soviel Übersicht haben, daß es geeignete Standorte herausucht.

Dem BMWi könnte man lediglich vorwerfen, es hätte wissen müssen, daß bei dieser schlafmützigen Regierung das "Windhundverfahren" zu Lasten Bayerns gehen muß. Denn ehe Schedl seine Rundschreiben verschickt haben andere Länder das Geld bereits abgerufen. Das Verfahren sollte die einzelnen Länder anspornen und dadurch zu raschem Erfolg führen. Da mit kann man aber kaum CSU-Ministern in Bayern imponieren. Es geht ja schließlich nicht um ihr eigenes Geld und außerdem sind sie nur flink im Erfinden von Ausreden.

Für das allgemeine regionale Förderungsprogramm wurde Bayern für das Jahr 1969 bisher eine Landesquote von 51,9 Millionen DM zugewiesen, einschließlich der Mittel für die besondere Förderung des Zonenrandgebietes. Dazu kommen noch 14 Millionen DM Frachthilfe. Die zusätzlichen Mittel für die Bundesausbau- und Umstrukturierungsorte hat die Bayerische Regierung leider verschlafen. Das ist eine Tatsache, die sämtliche Dementis aus der Staatskanzlei und dem bayerischen Wirtschaftsministerium nicht aus der Welt schaffen können.

Nur einer kam durch...

### Ceausescu säubert Parteiapparat

Von Hans Peter Rulimann, Belgrad

Der Zehnte Rumänische Parteitag beschloß seine Arbeiten doch noch mit einer Sensation seiner Art. Die fast zweihundert ausländischen Journalisten und noch mehr kommunistische Beobachter in Bukarest waren nämlich in ihren Berichten von der Annahme ausgegangen, daß Nicolae Ceausescu, der sich vom Generalsekretär des Zentralkomitees zum Generalsekretär der rumänischen Gesamtpartei vorangearbeitet hat, zu keinen weiteren einschneidenden personellen Veränderungen in den Führungsgremien der rumänischen KP entschließen würde. Für diese Annahme gab es zwei beachtenswerte und durchaus begründete Überlegungen:

Zunächst einmal waren jene personellen Veränderungen, die für die Zementierung der Macht Ceausescus notwendig waren, bereits zwischen den letzten beiden Parteitagungen erfolgt. Nachdem Ceausescu auf dem Parteitag der rumänischen KP vor vier Jahren weder im Ständigen Präsidium noch im Exekutivbüro der Partei eine sichere Mehrheit erzielen konnte, hatte er nämlich alle Anstrengungen darauf gerichtet, vom Sekretariat des Zentralkomitees aus, in dem sich der zuverlässige Ceausescu-Freund Virgil Trofin als Kaderchef befand, die beiden 1965 gewählten Spitzenorgane vollkommen aufzurollen. Diese Taktik war insofern erfolgreich, als er aus dem Exekutivkomitee, das einem Politbüro vergleichbar ist, fünf, und aus dem Parteisekretariat sowie aus dem Ständigen Präsidium je zwei Personen entfernte und die gerissenen Lücken wieder durch seine eigenen Anhänger auffüllte, so daß bei Beginn des Zehnten Parteitages kein Zweifel mehr daran bestand, wer in sämtlichen Gremien der Partei über eine überwiegende Mehrheit verfügte, nämlich eben Ceausescu. Warum, so fragten sich viele Beobachter, sollte Ceausescu während des Zehnten Parteitages noch weitere Anstrengungen darauf verwenden, eine Minderheit aus den Spitzenorganen der Partei zu entfernen, deren Einfluß ohnehin im Schwinden ist.

Ein weiterer interessanter Grund für die auch von rumänischen Beobachtern gezeigte Annahme, Ceausescu werde keine weiteren einschneidenden Veränderungen an der personellen Struktur der Führungsorgane vornehmen, lautet wie folgt: Wenn Ceausescu jene wenigen

kommunistischen Funktionäre, die bis zu einem gewissen Grade als moskaufreundlich gelten müssen, aus den Parteiorganen entfernt, setzt er sich selbst der Gefahr aus, daß diese Elemente eine Art Fünfter Kolonne bilden, die von Seiten des sowjetischen Botschafters in Bukarest natürlich jede Unterstützung erhalten würde, ohne daß man ernsthaft etwas gegen ihre Tätigkeit unternehmen könnte. Mosktaufreundliche Elemente, so argumentierten die Anhänger dieser These, müssen um Ceausescus Willen auch weiterhin gegenüber der Partei verantwortlich bleiben - wer sie hingegen aus dieser Verantwortlichkeit entläßt, schafft unüberlegt Bedingungen, wie sie die Sowjets zum Beispiel in der Tschechoslowakei vorgefunden haben.

Doch die Überraschung kam am letzten Tage. Statt den Führungsapparat, so, wie er heute ist, unangetastet zu lassen, nahm Ceausescu eine Reihe von sehr wichtigen Veränderungen vor. Aus dem ehemaligen Zentralkomitee, das 121 Mitglieder zählte, wurden gleich 58 führende Kommunisten entfernt, so daß sich das neue ZK aus 63 alten und 102 neuen Funktionären zusammensetzt, an deren Treue gegenüber Ceausescu schon deshalb nicht gezweifelt werden darf, weil sie ihm ihre Karriere verdanken. Unter den abgewählten ZK-Mitgliedern befinden sich der ehemalige rumänische Staatspräsident Chivu Stoica, vor vier Jahren noch der wichtigste Gegner der Gruppe Ceausescu, wenn man vom inzwischen abgesetzten Sicherheitschef Alexandru Draghici absieht, und Gheorghe Apostol, der Vorsitzende des rumänischen Gewerkschaftsbundes, dem informierte tschechoslowakische Quellen nachsagen, er stehe im Dienst des sowjetischen Sicherheitsapparates. Stoica und Apostol, der sich während des Parteitages noch durch eine Ergebnissadresse an Ceausescu zu retten versuchte, wurden auch aus den beiden Spitzengremien der Partei, dem Exekutivbüro und dem Ständigen Präsidium, entfernt, in die nun neue Männer wie etwa der stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Front der Einheit, Dumitru Popescu, selbst ein Opfer des stalinistischen Terrors der gestürzten Ceausescu-Gegner, und der Parteichef von Kronstadt, Panea, eingezogen sind, dem offenbar eine tolle Karriere bevorsteht, denn er gehört plötzlich sämtlichen Spitzenorganen der Partei an. - Lediglich Emil Bodnaras ist von den alten Ceausescu-Gegnern noch übrig geblieben - eine Geste gegenüber den Sowjets, die Ceausescu nichts kostet, denn Emil Bodnaras, der in starkem Verdacht steht, bereits einmal mit den Sowjets gegen das neue Regime in Bukarest konspiriert zu haben, ist so krank, daß er nicht einmal am nun abgeschlossenen Parteitag teilnehmen konnte.